



## Beschlussvorlage

**Amt:** Amt für soziale Angelegenheiten

**TOP:** \_\_\_\_\_

**Vorl.Nr.:** V/2015/0346

**Anlage Nr.:** \_\_\_\_\_

**Datum:** 19.10.2015

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	20.10.2015	öffentlich

### Tagesordnung

Einwand gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration am 23.09.2015;  
Mail der Fraktion "Die Linke" vom 18.10.2015

### Beschlussvorschlag

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration vom 23.09.2015 wird nicht geändert.

### Begründung

Die Fraktion „Die Linke“ beanstandete form- und fristgerecht mit Mail vom 18.10.2015 die Niederschrift des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration vom 23.09.2015. Die Niederschrift des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration wurde am 08.10.2015 an die Ausschussmitglieder versendet.

Mit Mail vom 18.10.2015 beanstandet Herr Weisel von der Fraktion „Die Linke“ die o. g. Niederschrift. Er begründet die Beanstandung wie folgt:

1. Die elektronische Form der Niederschrift weicht von der Niederschrift in Papierform bezüglich der fehlenden schriftlichen Anfrage ab.
2. Die schriftliche Anfrage vom 21.09.2015 wurde unter TOP 1.3 mitbehandelt und in der Niederschrift aufgenommen obwohl den Ausschussmitgliedern diese Anfrage in der Ausschusssitzung am 23.09.2015 nicht vorlag.

3. Laut Niederschrift wurde in der Ausschusssitzung der Fragenkatalog seitens der Verwaltung mündlich beantwortet. Dieses entspricht jedoch nicht dem Sitzungsverlauf.

Aufgrund der Beanstandung wurde der Sachverhalt durch den Schriftführer unter Berücksichtigung der Tonaufnahmen geprüft. Die Verwaltung nimmt wie folgt dazu Stellung:

- zu 1. Die Verwaltung kann keine Abweichung zwischen der elektronischen Form und der Papierform erkennen.
- zu 2. Die Verwaltung hat es versäumt, die Anfrage vom 21.09.2015 nicht als Tischvorlage am Sitzungstag (23.09.2015) zu verteilen. Zu Beginn der Ausschusssitzung wurde über die geänderte Tagesordnung abgestimmt. Der Ausschuss entschied einstimmig, die Anfrage der Fraktion „Die Linke“ mit unter dem TOP 1.3 zu beraten. Mit dieser Entscheidung war auch Herr Weisel von der Fraktion „Die Linke“ einverstanden. Da dem Ausschuss die Anfrage nicht vorlag, wurde diese der Niederschrift beigelegt.
- zu 3. Die Verwaltung berichtete ausführlich zur Situation der Flüchtlinge und der Flüchtlingsunterkünfte. Die Fragen der Ausschussmitglieder wurden beantwortet. Die umfassende Information wurde nach dem Vortrag von der Ausschussvorsitzenden, Frau Deisenroth-Specht, ausdrücklich festgestellt und auch von Herrn Weisel, Fraktion „Die Linke“, als solche akzeptiert. Schließlich wurde vereinbart, dass die Verwaltung in jeder Ausschusssitzung einen mündlichen Bericht zur Asylsituation abgeben wird. Unter diesen Prämissen wurde TOP 1.3 vom Ausschuss einstimmig beschlossen.

Hennef (Sieg), den 19.10.2015  
In Vertretung